

Rheintal+: Bevölkerung wünscht sich Begegnung

In kleinen Gruppen hatte die Bevölkerung Gelegenheit, sich offen auszutauschen. Sie steht einer möglichen Fusion grundsätzlich sehr positiv gegenüber, braucht aber noch mehr Informationen.

REKINGEN (sf) – Im Zentrum des Abends stand, die Meinungen der Bevölkerung abzuholen. Der Tenor beim Gespräch ist der gleiche wie in den meisten anderen Gemeinden auch – einerseits sieht man die Chance, Synergien effizienter zu nutzen und finanziell besser dazustehen, andererseits sind die Angst vor Identitäts- und Mitspracheverlust und vor der Übermacht des Bezirkshauptorts präsent.

Geringe Beteiligung

Chancen und Risiken, aber auch Rahmenbedingungen für eine mögliche Fusion wurden in zwei Gruppen besprochen. Grosser Wermutstropfen: Die Beteiligung der Bevölkerung war am Donnerstagabend im Gemeindehaus wesentlich geringer als erwartet. Ist das vielleicht symptomatisch für die Situation in Rekingen – es gibt zwar einige wenige, dafür umso engagiertere Bürger, doch die Mehrheit zeigt politisches und gesellschaftliches Desinteresse? Die Zustimmung zu einer möglichen Fusion hingegen war am Abend von vielen Seiten her gross. Die Anliegen der Bevölkerung werden in die Projektplanung mit einfließen – die wichtigsten Inputs wurden zusammengefasst und werden an die Arbeitsgruppen weitergeleitet.

Die Ammänner aller beteiligten Gemeinden lernten sich im Laufe einer intensiven Zusammenarbeit im Jahr 2015 sehr gut kennen und schätzen – dieser wesentliche Schritt steht in der Bevölkerung noch aus. Ein Votum brachte es auf den Punkt – eine mögliche Fusion kann nur dann gelingen, wenn sie von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Dazu wäre es auch notwendig, Vorurteile abzubauen und einander schlicht besser kennenzulernen, nicht nur auf politischer Ebene.

Offene Grundhaltung

Deutlich zeigte sich, dass sich die Mehrheit der Anwesenden für eine Fusion aus-



Innerhalb der Gruppen wird über sensible Themen einer möglichen Fusion zur Grossgemeinde offen diskutiert.

spricht – vor allem auch, weil über kurz oder lang kaum eine andere Möglichkeit bestehe, um unter dem Druck von Bund, Kanton, demografischem Wandel und wirtschaftlichen Veränderungen als Gemeinde eigenständig zu bestehen. Bereits heute hat Rekingen einen Steuerfuss von 125 Prozent. «Für kleine Gemeinden wird es immer schwieriger, sich alleine zu halten. Die Rahmenbedingungen forcieren eine Dynamik», erklärte Projektbegleiter Jean-Claude Kleiner. Anhand von «relativ genauen Berechnungen» könne mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass im Verbund ein Steuerfuss von 115 Prozent gehalten werden könnte.

Im Sitzungs- und Gemeinderatszimmer diskutierten die Gruppen über sechs vorgegebene Fragen. Innerhalb dieser Gruppen gab es viele Überschneidungen, aber auch gegensätzliche Meinungen. Als positiv hervorzuheben ist die

Vielfalt der Vereine – wobei sich diese in den letzten Jahren von 20 auf acht reduziert haben. Auch die Schulanlage, die Nähe zur Natur und zu grösseren Orten, die überschaubare Grösse und die gute Behörden- und Verwaltungsarbeit wurden gelobt. Es sei nicht alles zugebaut und man kenne sich noch. Schwächen seien die Industrieruinen, das Desinteresse am Dorfleben, der Steuerfuss, die dürftige Finanzkraft und die beinahe leere gastronomische Landschaft und dass es eine Schlafgemeinde sei.

Chancen und Risiken

Chancen einer Fusion sieht die Bevölkerung in einer Senkung des Steuerfusses. Vereine könnten profitieren und sich mit anderen zusammenschliessen, es gäbe mehr Ressourcen für Behördentätigkeiten und eine allfällige Stärkung des Zusammenhalts in den jeweiligen Ortsteilen. Kosteneinsparungen und eine Attraktivitäts-

steigerung gegen aussen sowie ein besseres, qualitatives Wachstum könnten generiert werden.

Risiken sieht die Bevölkerung vor allem darin, dass die Infrastruktur der Aussengemeinden nicht mehr so gut gepflegt wird. Hier spiegelt sich eine Angst aus der Mitte der Bevölkerung. Was geschieht, wenn die Instandsetzung der Infrastruktur in den kleinen Gemeinden unter die Räder gerät? Zudem ist fragwürdig, welchen Einfluss man noch an einer Gemeindeversammlung hätte und es gäbe weniger Chancen, sich einzubringen.

Den Ammännern ist es ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung umfassend informiert wird. Bald soll die Homepage fertig sein und aufgeschaltet werden. Gewünscht wurden ein Newsletter und ein Anschlagkasten nur für Rheintal+-Themen. Ein weiterer grosser Wunsch aus der Bevölkerung ist, sich menschlich näherzukommen. Dies geschieht in den Ar-

beitsgruppen bereits – Leute aus allen Gemeinden arbeiten zusammen und lernen sich so besser kennen. Die Begegnung unter der Bevölkerung soll gesucht werden.

Sensible Themen

Der Bau des Bauamts in Bad Zurzach wurde thematisiert. Das Tagesgeschäft dürfe und könne trotz der Fusionsüberprüfung nicht stoppen, sondern müsse weitergehen, erklärte Gemeinderat Toni Schüpbach. Forderungen waren, dass der Schulstandort erhalten bleibt und nicht alles nach Bad Zurzach dezentralisiert wird. Verlangt wurde auch eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, etwa in Form eines erweiterten Zurzibusses. Gefordert wurden ebenso ein Mitspracherecht und eine faire Behördenzusammensetzung, vielleicht mit einer Art Parlament mit Vertretern aus der Bevölkerung. Infrastrukturen innerhalb von Verwaltungsebenen sollen unbedingt gebraucht werden – auch in Aussengemeinden. Wichtig sei zudem, dass kein Sonderstatus für einzelne Gemeinden bestehe, sei es im Schulwesen oder bei anderen Aspekten. So wurden auch einheitliche Gebühren für Abfall, Wasser und Elektrizität gefordert. Ängste vor einem Identitäts- und Mitspracheverlust sind vorhanden, auch der Verlust des Ortsbürgerrechts wurde zum Thema.

Nicht alles soll an einem Ort zentralisiert werden – jeder Ortsteil muss etwas Attraktives erhalten. «Es soll nicht alles nach Bad Zurzach runtergehen», meinte eine Bürgerin. Momentan könne man noch mitreden und gestalten, in einigen Jahren würde eine Fusion vielleicht dringlicher und erzwungen, sodass die Mitsprache geschmälert würde. Schade ist, dass in Rekingen nicht viele von dieser Mitsprachemöglichkeit Gebrauch machten – kann dies als Zeichen dafür gedeutet werden, dass die Bevölkerung der Arbeit des Gemeinderats blind vertraut und sich auf ihr fachmännisches Urteil verlässt?